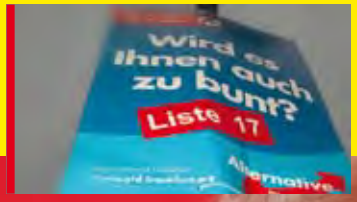
Heft 10-2016 | 43. Jahrgang | EUR 7,00 | C 12232 E

Sozialismus

www.Sozialismus.de

Susanne Hennig-Wellsow: Linke Politik durchsetzen!

J. Bischoff/B. Müller: Der hiesige Rechtspopulismus



Detlev Hensche: Leiharbeit und Werkverträge

R. Detje/O. König: Textil-Discounter KiK vor Gericht

Forum Gewerkschaften

Elisabeth Abendroth: Mein Vater im Widerstand

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf

www.sozialismus.de

Manfred Coppik (1943-2016)

Am Mittwoch, den 21.9., verstarb im Alter von 72 Jahren Manfred Coppik, der der Arbeit der Zeitschrift Sozialismus nahestand. Wir dokumentieren mit freundlicher Genehmigung des Autors den Nachruf, den Tom Strohschneider in der Tageszeitung »neues deutschland« verfasst hat. ...

DIE LINKE: Neuausrichtung der Politik?

In Berlin haben die WählerInnen die rot-schwarze Landesregierung abgewählt. Die beiden sie tragenden Parteien kommen zusammen nur mehr auf rund 39,2% – ein Verlust von etwa 12,4%. Wie schon bei den Landtagswahlen im Frühjahr und Anfang September in Mecklenburg-Vorpommern haben die Rechtspopulisten der AfD auch in Berlin ein zweistelliges Ergebnis erzielt. ...

»Event-betonte« Rassisten

Über ein Jahr nach den rassistischen Ausschreitungen in Freital und Heidenau und gut sechs Monate nach der »Schande« von Clausnitz machten »event-betonte Einheimische«, so der Jargon der örtlichen Polizei, im sächsischen Bautzen Hetzjagd auf Flüchtlinge. ....

Heft Nr. 10 | Oktober 2016 | 43. Jahrgang | Heft Nr. 411

Linke in Schwierigkeiten, Rechtspopulisten auf dem Vormarsch

Hinrich Kuhls:
Die Labour Party vor der Spaltung? 2

Bernhard Sander: Die Tragödie nimmt ihren Lauf
Vorhang frei für den Präsidentschaftswahlkampf in Frankreich 7

Bernhard Sander: Didier Eribon und
die Niederlage der französischen Linken 10

Joachim Bischoff/Bernhard Müller:
Rechtspopulismus in der Berliner Republik 16

Herausforderungen & Hoffnungsträger

U. Duchrow/A. Fisahn/P. Herrmann/S. Ötsch/R. Ptak/P. Wahl:
Flucht und Migration. Herausforderung für emanzipatorische Politik 26

Susanne Hennig-Wellsow: Linke Politik durchsetzen!
Was die rot-rot-grüne Landesregierung in den ersten zwei Jahren
in Thüringen geschafft hat 31

Klaus Bullan: Die Jugend als Hoffnungsträger?
Die Shell- und SINUS-Jugendstudien 2015/2016 36

EU: Die Linke zwischen Baum und Borke

Andreas Fisahn: Neustart der EU? 46

Forum Gewerkschaften

Detlev Hensche: Lehrstück in Sachen symbolischer Politik
Zur »Reform« von Leiharbeit und Werkverträgen 51

Otto König/Richard Detje: Zäher Kampf um Gerechtigkeit
Pakistanische Textil-ArbeiterInnen ziehen gegen deutschen
Textil-Discounter KiK vor Gericht 55

Heinz Bierbaum: Ein leidenschaftlicher Gewerkschafter
Nachruf auf Rudolf Kuda (11.10.1940–19.8.2016) 58

Der Partisanenprofessor im Land der Mitläufer

Elisabeth Abendroth:
Wolfgang Abendroth im Widerstand gegen Hitler 60

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 59
Veranstaltungen & Tipps 68
Marion Fisch: Tschick (Filmkritik) 69

Supplement: Klaus Dörre/Hans-Jürgen Urban (Hrsg.)
Kapitalismuskritik auf der Höhe der Zeit

Frank Deppe zum 75. Geburtstag. Mit Beiträgen von Hans-Jürgen Bieling, Joachim Bischoff, Dieter Boris, Ulrich Brinkmann, Klaus Dörre, Forum Gewerkschaften, Georg Fülberth, Jürgen Harrer, Detlef Hensche, Steffen Lehndorff, André Leisewitz, Leo Meyer, Lothar Peter, Klaus Pickshaus, Jürgen Reusch, Rainer Rilling, Witich Roßmann, David Salomon, Heidi Scharf, Ingar Solty, Sybille Stamm und Hans-Jürgen Urban.

Linke Politik durchsetzen!

Was die rot-rot-grüne Landesregierung in den ersten zwei Jahren in Thüringen geschafft hat

von | Susanne Hennig-Wellsow

Sommerempfang in Erfurt: B. Riexinger, die Autorin, B. Ramelow, 17.8.2016 (flickr ®)

Seit zwei Jahren wird Thüringen nun von einer rot-rot-grünen (r2g) Dreierkoalition regiert. Erstmals ist ein Ministerpräsident der Partei DIE LINKE im Amt. Ruhig und unauffällig werde gearbeitet, schreiben Beobachter regelmäßig und sind darüber erstaunt. Es gebe sogar immer noch Bananen in Thüringen, scherzte Regierungschef Bodo Ramelow vor Kurzem im Interview mit dem »Deutschlandfunk«[1] und spielte damit auf die Befürchtungen von Konservativen an, die im November 2014 vor der Wahl Ramelows im Parlament quasi den Untergang des Freistaates prophezeit hatten.

Doch es gibt nicht nur weiterhin Bananen, ein Blick auf die statistischen Daten zeigt, dass es dem Land Thüringen und den Menschen heute besser geht als vor zwei Jahren. So ist zum Beispiel die Zahl der Erwerbslosen gesunken, um insgesamt fast 10.000 Personen. Waren im Dezember 2014 noch 84.805 (7,3%) Menschen in Thüringen ohne Erwerbsarbeit gemeldet, sind es im August 2016 nur noch 73.416 Menschen (6,4%). Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs stieg. Zudem ist ein Rückgang der Erwerbslosigkeit bei älteren ArbeitnehmerInnen und bei Langzeitarbeitslosen erkennbar. Dazu sagte die Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Heike Werner (DIE LINKE): »Unsere Arbeitsmarktinstrumente zur öffentlich geförderten Beschäftigung und das Programm ›Arbeit für Thüringen‹ entfalten (...) Wirkung«.[2]

Auch die wirtschaftlichen Rahmendaten widersprechen allen Versuchen der CDU, rot-rot-grüne »Chaospolitik« an die Wand zu malen: So kletterten beispielsweise die Exporte der Thüringer Wirtschaft im Herbst 2016 auf Rekordniveau[3] (2. Halbjahr 2016: 7,1 Mrd. Euro / + 4,6% zum entsprechenden Vorjahreszeitraum), die Thüringer Industriebetriebe mit mehr als 50 Beschäftigten wuchsen auch im ersten Halbjahr 2016 weiter (+2%)

Susanne Hennig-Wellsow ist Landes- und Fraktionsvorsitzende der Partei DIE LINKE Thüringen. Sie war 2014 Verhandlungsführerin der Thüringer rot-rot-grünen Koalitionsgespräche.

[1] Ramelow zu rot-rot-grünen Bündnissen: »Es gibt immer noch Bananen in Thüringen«, Deutschlandfunk, 21.9.2016, www.deutschlandfunk.de/ramelow-zu-rot-rot-gruenen-buendnissen-es-gibt-immer-noch.694.de.html?dram:article_id=366404.

[2] Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie: Thüringer Arbeitsmarkt auch im Sommer stabil, 28.7.2016, www.thueringen.de/th7/tmasgff/aktuell/presse/92329/index.aspx.

[3] Thüringer Landesamt für Statistik: Thüringer Außenhandel im 2. Vierteljahr 2016 auf Rekordniveau, 6.9.2016, www.statistik.thueringen.de/presse/2016/pr_226_16.pdf.

»Thüringen rockt«, flickr/DIE LINKE Thüringen, 10.6.2016 ⓪⓪⓪

und stärker als die anderen ostdeutschen Länder und der Bundesdurchschnitt.[4] Das Land wies im ersten Halbjahr 2016 einen Überschuss im Landeshaushalt von 447,9 Millionen Euro auf. »Die Entwicklung der Steuereinnahmen im ersten Halbjahr 2016 übertrifft die Erwartungen«, kommentierte Finanzministerin Heike Taubert (SPD).[5] Und dennoch klafft die soziale Schere in bestimmten Bereichen auch in Thüringen weiterhin auseinander und macht den Handlungsbedarf deutlich. So stieg beispielsweise die Zahl der armutsgefährdeten Menschen um 1,1 Prozentpunkte auf 18,9% der ThüringerInnen – im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich viel.[6] Welchen Anteil das Regierungshandeln, und welchen Anteil andere Faktoren an den Entwicklungen haben, müsste detaillierter betrachtet werden. Klar ist aber nach zwei Jahren unter r2g: Die Entwicklung des Landes ist stabil, der Freistaat steht heute besser da als zuvor.

Linke Politik umsetzen – Gesellschaft gestalten

Seit zwei Jahren gelingt es nun, linke Vorhaben, für die wir seit vielen Jahren in Opposition gestritten haben, in die Realität umzusetzen. Im Koalitionsvertrag »Thüringen gemeinsam voranbringen – demokratisch, sozial, ökologisch«[7] haben wir uns Ende 2014 auf ein umfangreiches Maßnahmenpaket verständigt, um Thüringen politisch aktiv zu gestalten und nicht nur anders zu verwalten. Das Papier ist auch aus heutiger Sicht für alle drei Partner Kern der Koalition.

Unbestreitbar kann die Regierung zahlreiche Erfolge verbuchen, für die DIE LINKE immer gestritten hat. Im Freistaat haben wir beispielsweise staatlich geförderte Jobs für Langzeiterwerbslose geschaffen, das Thüringer Spitzel-Unwesen im Verfassungsschutz beendet und den Dienst gestutzt, erstmals seit 1990 in Thüringen Bildungsfreistellung für Angestellte und ArbeiterInnen ermöglicht, mehr Demokratie auf kommunaler Ebene und kommunales Wahlrecht für Jugendliche ab 16 Jahre eingeführt, mehr Geld in den sozialen Wohnungsbau gesteckt und die Kommunen besser ausfinanziert, etwa 1.000 neue Lehrer eingestellt oder den 8. Mai als Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus als gesetzlichen Gedenktag eingeführt. Aktuell hat r2g eine »Initiative zur verbesserten Unterstützung von Genossenschaften und anderen Formen des solidarischen und demokratischen Wirtschaftens« ins Parlament gebracht.[8] Die Liste mit den Erfolgen ist zu lang, um sie in Gänze aufzuführen. Vieles, was heute anders läuft als unter der CDU, sind oftmals kleine Schritte, die aber symbolisch und wirksam linke Akzente setzen. So fand im März 2016 zum zweiten Mal anläßlich des kurdischen Newroz-Festes ein Empfang des Ministerpräsidenten in der Staatskanzlei für die kurdische Community Thüringens statt – bundesweit wahrscheinlich einmalig. Gleichzeitig hatte sich Ramelow für die Freilassung des Chefs der kurdischen Arbeiterpartei PKK, Abdullah Öcalan, eingesetzt und ein Ende des Krieges gegen die Kurden in der Türkei und Syrien gefordert.[9] Parallel wirbt unser Landesverband für ein Ende des Verbots der PKK in Deutschland.

Soziales, Bildung, Demokratie

Im September 2016 haben wir zudem beispielsweise das Thüringer Blindengeld erhöht und die Taubblinden mit in den Kreis der Anspruchsberechtigten geholt. Diese Unterstützung war unter den vorherigen CDU-geführten Landesregierungen gekürzt worden. Als LINKE wollen wir weitere Aufstockungen und künftig die Einbeziehung von hörbehinderten und gehörlosen Menschen – aber immerhin hat r2g eine Trendwende eingeleitet. Der Freistaat ist nicht mehr bundesweites Schlusslicht bei der Unterstützung von sinnesbehinderten Menschen. Auch die Ausarbeitung eines Landesprogramms »Solidarisches Zu-

sammenleben der Generationen« zum Ausbau und der besseren Verknüpfung von Infrastruktur zur Familienförderung ist beschlossene Sache.

Im Bereich der Bildung wurde zum Beispiel im Sommer die versprochene Überführung der Schulhorte in die Hoheit des Landes mit unbefristeten Verträgen für die Angestellten umgesetzt. Auch die Einführung eines beitragsfreien Kita-Jahres ist endlich unter Dach und Fach. Ab 2018 wird das letzte Kita-Jahr beitragsfrei. Widerstreitende Interessen zwischen den Koalitionspartnern, Elternvertretungen, Interessenvertretungen der Beschäftigten und unterschiedlichen Trägern hatten die Umsetzung des Vorhabens in die Länge gezogen. Für uns als LINKE ist diese Entscheidung der erste Schritt in eine komplett kostenfreie frühkindliche Bildung, die wir – so wir nach den Wahlen 2019 weitermachen können – in der kommenden Legislaturperiode umsetzen wollen.

Eine weitere wichtige Baustelle ist der Ausbau demokratischer Mitbestimmung. In diesen Tagen haben wir dazu ein Gesetz zum Ausbau der direkten Demokratie in den Kommunen auf den Weg gebracht. Damit wird Thüringen bundesweit zum Spitzenreiter bei direkter kommunaler Demokratie und sorgt für spürbar mehr Mitbestimmungs- und Gestaltungsrechte. Gegen den Widerstand der CDU und mit Unterstützung von mehr als 250.000 Volksbegehrens-Unterschriften waren hier vor einigen Jahren erste Reformschritte für mehr direkte Demokratie gegangen worden, nun folgt der zweite Schritt. Rederecht für Bürgerbegehrensinitiativen in kommunalen Gremien im Entscheidungsprozess, die Einführung des sogenannten Ratsreferendums und Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Ortschaften und Ortsteilen werden gestärkt.

Verfassungsänderung

Seit Jahren forderte die PDS und heute DIE LINKE eine Änderung der Landesverfassung. Wir wollen das Finanz-Tabu für Volksbegehren streichen, das Wahlalter mit 16 für Landtagswahlen möglich machen und der automatischen Diäten-Erhöhung für Abgeordnete ein Ende bereiten. Bisher gab es nie die Chance, die nötige Zweidrittel-Mehrheit im Landtag zu finden. Doch nun hat sich im Zusammenhang mit der Debatte um die auf den Weg gebrachte Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform ein Entscheidungsfenster aufgetan. Die CDU läuft Sturm gegen die Gebietsreform, da sie die Partei zahlreiche gutdotierte Posten in den Verwaltungen kosten wird. Mit einem Volksbegehren will sie die Reform stoppen. Doch die bisherigen Regelungen in der Thüringer Verfassung für Volksbegehren – gemacht von der CDU, die in Regierungsverantwortung von mehr Mitbestimmung nichts hielt – erlauben es nicht, dass mit Volksbegehren in Finanzentscheidungen des Landes eingegriffen wird. Die Entscheidung über die Gebietsreform würde in den Haushalt eingreifen. Artikel 82,2 stellt eindeutig klar, dass »Volksbegehren zum Landeshaushalt, zu Dienst und Versorgungsbezügen, Abgaben und Personalentscheidungen ... unzulässig« sind. Parlament und Regierung haben die Pflicht, im Falle eines möglichen Verstoßes gegen geltendes Recht durch ein Volksbegehren, den Verfassungsgerichtshof zur Entscheidung anzurufen. Die Vorschläge der CDU und einiger Journalisten, die Regierung solle in ihrer rechtlichen Bewertung des Volksbegehrens Recht und Verfassung ignorieren, sind unseriös und rechtlich problematisch – denn es gibt kein Ermessen. Um künftig Volksbegehren, wie das nun diskutierte, möglich zu machen, treten unter anderem DIE LINKE sowie das »Bündnis für mehr Demokratie« seit Jahren dafür ein, das Finanz-Tabu aus der Verfassung zu streichen. Wir haben die CDU und die Initiatoren des aktuellen Volksbegehrens aufgefordert, uns dabei zu unterstützen und für eine entsprechende Mehrheit für eine Verfassungsänderung zu sorgen. Dann könnte das Volksbegehren gegen unsere Gebietsreform stattfinden. Wir haben keine Angst davor, dass in Zukunft auch Entscheidungen gegen die Regierung möglich werden. Derzeit arbeiten wir an Vorschlägen für eine umfassende Reform hin zu einer modernen und progressiven Verfassung. Parallel zur Landtagswahl 2019 könnte dann in einem Volksentscheid darüber abgestimmt werden.

Hingehen, wo es weh tut

Nicht nur die seit Jahren von der CDU verschleppte Aufgabenkritik der Verwaltung und deren dringend notwendige Neustrukturierung löste gesellschaftliche Diskussionen aus. Auch gegen den von r2g forcierten Ausbau der Windenergie oder die Errichtung einer Hochspannungsleitung quer durch den Thüringer Wald, die wir trotz jahrelangen Kampfes nun durch Gerichtsentscheid gezwungen sind mit umzusetzen, lösten Proteste aus. Für uns als LINKE ist klar, dass wir uns vor Ort mit unseren Abgeordneten, unseren Kreis- und Ortsverbänden und unseren MinisterInnen immer wieder in den Dialog begeben. Die Gespräche können manches Problem klären. Als Fraktion und Partei haben wir massiv den Informationsfluss zu Mitgliedern und Aktiven über das Handeln der Regierung und der Fraktion ausgebaut, damit sie als Multiplikatoren in die Gesellschaft wirken können. Eine wichtige Lektion, die wir gelernt haben: Hingehen wo es weh tut, zuhören, sich den Fragen stellen und Menschen Argumente für unsere Politik an die Hand geben.

Rechte Mobilisierung

Ernste Sorgen macht mir der Aufstieg einer Partei am ganz rechten Rand und die Unfähigkeit oder der Unwille der Gesellschaft, darauf klar und deutlich zu reagieren. Zu hoffen, der braune Geis-

[4] Thüringer Landesamt für Statistik: Thüringer Industrie im ersten Halbjahr 2016 auf Wachstumskurs, 24.8.2016, https://statistik.thueringen.de/presse/2016/pr_215_16.pdf.

[5] MDR Aktuell: Überschüsse trotz Flüchtlingskosten – doch das Polster schrumpft, www.mdr.de/nachrichten/politik/regional/haushaltsueberschuss-mitteldeutschland-100.html.

[6] Mehr Thüringer sind von Armut bedroht, in: Ostthüringer Zeitung, 22.9.2016, www.otz.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Mehr-Thueringer-sind-von-Armut-bedroht-1972900209.

[7] Bündnis90/Die Grünen, DIE LINKE, SPD: Thüringen gemeinsam voranbringen – demokratisch, sozial, ökologisch, Erfurt, 2014, www.die-linke-thueringen.de/fileadmin/LV_Thueringen/dokumente/Koalitionsvertrag-2014.pdf.

[8] Thüringer Landtag: Initiative zur verbesserten Unterstützung von Genossenschaften und anderen Formen des solidarischen und demokratischen Wirtschaftens, 6.9.2016, Drs. 6/2638.

[9] Bodo Ramelow: Sich nicht der Türkei ausliefern, in: Cicero, 1.4.2016, www.cicero.de/berliner-republik/thueringens-ministerpraesident-bodo-ramelow-klare-forderungen-den-partner-tuerkei.

terzug dampft schadlos an der Mitte der Gesellschaft vorbei, ist naiv und gefährlich. Die AfD wird das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen können. Frauen zurück an den Herd, Frakturschrift und nur noch blonde, blauäugige Kinder auf den Straßen, das ist nicht nur rechts und irre, das funktioniert auch einfach nicht mehr.

Aber wenn wir uns nicht zügig und deutlich gegen solche reaktionären Vorstellungen wehren, wird es AfD, Pegida und Co. gelingen, massive Schäden in der Gesellschaft anzurichten. Das müssen wir stoppen. Alle Studien zeigen, dass die letzten Wahlerfolge der AfD vor allem auf der Mobilisierung bisheriger Nichtwähler basiert – und dass die Wähler der AfD oftmals ökonomisch gar nicht die Abgehängten und Verarmten sind, sondern auch zu einem relevanten Teil aus der Mittelschicht stammen. Und es ist bekannt, dass die Wähler der AfD genau wissen, welche Inhalte die Partei vertritt. Ein Teil der Wähler stimmt wegen der politischen Positionen für sie, ein anderer trotz der bekannten Inhalte. Und das sind nicht die sozialen Interessen der kleinen Leute, sondern die Interessen der Oberen. Die AfD wird keinen Erwerbslosen in Arbeit bringen, keine Anpassung der Ostrenten erreichen und auch keine bessere Finanzierung der ausgebluteten Kommunen schaffen.

Wenn die Wähler gefragt werden, wo DIE LINKE steht, ist die Antwort eindeutig: Links. Auf die Frage, wo die AfD steht, ist die Antwort genau so eindeutig: Rechts. Bei jüngeren Menschen, bei Leuten in städtischen Milieus und unter Akademikern ist DIE LINKE zuletzt in der Zustimmung gestiegen – gerade wegen unserer Haltung in der Flüchtlingspolitik. Aus meiner Sicht muss sich DIE LINKE bundesweit auf den Weg zu einer modernen Partei der Solidarität entwickeln – jenen Weg, den unsere Partei mit Katja Kipping und Bernd Riexinger an der Spitze eingeschlagen hat. Wir sind der dritte Pol zwischen Neoliberalen auf der einen Seite und konservativ-nationalistisch Bornierten auf der anderen Seite. Bei uns sollen all jene Platz finden, die gegen Hartz-IV kämpfen, die Flüchtlingen helfen, gegen Atomkraft und für die Übertragung von Energieproduktion- und Verteilung an Kommunen und Genossenschaften streiten oder sich gleiche Rechte für Homosexuelle auf die Fahnen geschrieben haben. Wer das zusammendenkt, weil es nämlich zusammen gehört, der soll sich bei uns wohlfühlen und mit uns streiten. Der französische Philosoph Didier Eribon, dessen Buch »Rückkehr nach Reims« klug den Rechtsruck in Europa und die Schwächen der Linken beschreibt, sagte es so: »Wenn es eine linke Partei gäbe, die für die Rechte der Arbeiterklasse genauso einstehen würde wie für die Rechte der LGBT-Comunity, der ethnischen Minderheiten und all den anderen, könnte eine Instanz sein, die zwischen diesen Gruppen vermittelt und ihnen bewusst macht, wie sehr sich ihre Situationen ähneln, statt sie zu Gegnern zu erklären.«[10] Wenn uns das als LINKE gelingt, haben wir die Chance, bundesweit eine linke Volkspartei zu sein und könnten die Rechte in ihre Schranken verweisen.

r2g im Bund?

Thüringen ist Modell – zumindest für weitere mögliche rot-rot-grüne Landesregierungen. In den letzten Monaten haben wir als Thüringer hinter den Kulissen viele Gespräche mit Menschen aus Berlin und Mecklenburg-Vorpommern geführt – und zwar nicht nur mit Menschen aus der Linkspartei. Es ging darum zu diskutieren, wie unsere Koalition funktioniert, wie sie zustande gekommen ist und welche Chancen, aber auch welche politischen Grenzen es gibt. Nachdem in Mecklenburg-Vorpommern die Chance auf einen Politikwechsel vertan wurde, habe ich in Berlin die Hoffnung, dass es hier zu einer handlungsfähigen Koalition kommt, die einen anderen Kurs einschlagen kann und wird. So könnten wir die Bundesregierung künftig besser als bisher über die Länder von links unter Druck setzen.

Mit Blick auf den Bund hat Thüringen natürlich dazu beigetragen, die gerade im Westen noch immer verbreiteten antikommunistischen Ressentiments ein Stück weit abzuräumen und die Stellung der LINKEN in der Gesellschaft so zu stärken. Eine »Rote-Socken-Kampagne« gegen uns wird heute noch weniger funktionieren als bisher. Dennoch bin ich skeptisch, ob im Bund der Wille zu einem Politikwechsel nach links schon stark genug ist. Deshalb darf r2g keine Debatte über ein abstraktes Modell sein, sondern muss inhaltlich begründet sein. Wir müssen die Merkel-Regierung doch endlich von der Macht verdrängen und erste Schritte in Sachen Umverteilung, Renten, Frieden, Demokratie und so weiter auch im Bund einschlagen – und das geht nur gemeinsam mit anderen politischen Partnern im Parlament und der Gesellschaft. Die Thüringer LINKE wird sich intensiv in die Debatte um das Wahlprogramm für die Bundestagswahl einbringen. Auf einem Parteitag im November diskutieren wir Thesen für linke Alternativen zur Politik der Angst.

Transformationsdebatte praktisch

Als Thüringer PDS und DIE LINKE haben wir uns in Debatten und Beschlüssen seit den frühen 1990er Jahren immer wieder verständigt, dass für uns das strategische Dreieck gilt: »Für sozialistische Politik nach unserem Verständnis bilden Widerstand und Protest, der Anspruch auf Mit- und Umgestaltung sowie über den Kapitalismus hinausweisende Alternativen ein unauflösbares strategisches Dreieck.« Also: Nicht Regieren oder Opponieren, sondern je nach Ausgangsbedingung mit allen demokratischen Mitteln für unsere Überzeugungen zu werben und zu streiten. Es wäre ein Fehler, in Regierungszeiten die Arbeit auf den Straßen und in der Gesellschaft zu vernachlässigen oder die Utopie eines demokratischen Sozialismus hintenanzustellen. Wir müssen das verbinden!

Ende September haben wir als Partei und Fraktion einen Diskussionsprozess begonnen, wie es aus einer Landesregierung im Kapitalismus möglich ist, auf demokratischem Wege politische Impulse zur Transformation hin zu einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft zu setzen – im Bereich des Wohnens, der Arbeit oder des Wirtschaftens. Das hat so konkret, glaube ich, noch keiner diskutiert. Die Diskussion um »Transformation« sucht Antworten auf die Frage, wie »sich der Übergang in eine andere Gesellschaft, eine andere Zukunft denken und gestalten lässt«.[11]

DIE LINKE setzt laut ihrem Programm auf eine transformatorische Umgestaltung der Gesellschaft hin zu einem »Demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert«.[12] Im Programm werden Felder benannt, auf denen eine gesellschaftliche Trans-

Flickr/Die Linke Thüringen, 1.5.2016, ⓪⓪⓪

formation organisiert werden müsse – zum Beispiel Umbau der Energieproduktion und -verteilung, bessere Arbeitsbedingungen, Wirtschaftsdemokratie, Ausbau sozialer Sicherung und sozialer Dienstleistungen, Kontrolle des Finanzsektors, Ausbau des öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Sektors oder Belegschaftseigentum. Doch in der Frage der politischen Mittel und Wege zur Realisierung bleiben das Programm und die Debatten unkonkret.[13]

Auch die Frage, ob und wie Transformation hin zu einer nichtkapitalistischen Gesellschaft und einer Demokratisierung von Ökonomie aus Regierungshandeln gestaltet werden kann, wurde bislang nicht diskutiert – eine relevante Leerstelle, auch um Debatten um das Pro und Contra von rot-rot-grünen Bündnissen im Land und im Bund rational und vor allem mit Blick auf unsere politischen Ziele diskutieren zu können. Für uns als stärkste Partei und Fraktion in einer Koalition ist dies eine wichtige Frage. Als LINKE wurden wir für eine Politik gewählt, die Gesellschaft gestaltet – und nicht nur verwaltet. Ist eine »andere«, eine humanere Flüchtlingspolitik oder schon allein das »anders machen« von Regieren durch r2g schon eine Form von sozialistischer »Transformation« oder wären es zum Beispiel eher die aktive Förderung von Genossenschaften, die Rekommunalisierung von wichtigen gesellschaftlichen Bereichen oder die Stärkung des Öffentlichen?

Dieter Klein (Rosa-Luxemburg-Stiftung) beschrieb, was unter transformatorischer Politik aus linker Sicht zu verstehen sei: »Progressive Reformen, die zu Verbesserungen besonders für sozial schwache Gruppen der Gesellschaft führen und solidarische Selbstbestimmung über das eigene Leben ermöglichen, müssen den Anschluss an weiterreichende Entwicklungen über die Grenzen des Kapitalismus hinaus ermöglichen, indem sie die Profitdominanz zurückdrängen, die Soziallogik gegenüber der Kapitallogik stärken, wesentliche Bereiche der Kapitalverwertung entziehen und eine umfassende demokratische Kontrolle über alle Prozesse in der Gesellschaft durchsetzen. Das ist der Maßstab, der durch das Konzept transformatorischer Prozesse gesetzt wird, die mitten in der kapitaldominierten Gesellschaft beginnen und über den Kapitalismus hinausreichen.«[14] Tom Strohschneider, Chefredakteur der Tageszeitung »neues deutschland«, schrieb, Regierungspolitik dürfe »nicht länger (als) bloß machtpolitisch gedachte Verwaltungsfrage angesehen werden... Sondern als Möglichkeit realer Transformation, also eines gesellschaftlichen Umbaus, der weder binnen einer Legislaturperiode zu schaffen ist noch auf Regierungshandeln allein begrenzt sein kann... Eine Mitte-Links-Regierung wird in der kurzen Frist ihrer Koalitionszeit Themen besetzen und Projekte anschieben müssen, in denen ›Utopie wohnt‹, die auch jenseits ihrer unmittelbaren Wirksamkeit erkennen lassen, dass Veränderung möglich ist«.[15]

Skeptisch steht Michael Brie (Rosa-Luxemburg-Stiftung) bisherigen Erfahrungen in Sachen sozialistischer Transformation in Regierungen gegenüber und beschrieb die Herausforderung für DIE LINKE: Positiven Einzelergebnissen von Regierungsbeteiligungen »steht bisher zumeist die Unfähigkeit gegenüber, eine stabile gegenhegemoniale Formation zu schaffen, die den Neoliberalismus in seinen Grundelementen herauszufordern und einen stabilen Pfad der Transformation einzuschlagen vermag. Dies aber ist die nächste Aufgabe.«[16] Keiner Linkspartei an der Regierung sei es bisher gelungen, »einen grundlegenden Richtungswechsel der Politik hin zu einer gesellschaftlich getragenen sozial-ökologischen Transformation voranzutreiben. Wirkliche transformatorische Projekte, die sich auf eine veränderte Wirtschafts- und Produktionsweise stützen, sind weder ausreichend konzipiert werden noch waren sie durchsetzbar«, resümierten Brie und Cornelia Hildebrandt 2015 wenig optimistisch.[17]

Aber ist das wirklich so? Und vor allem: Muss es so bleiben? Als Thüringer LINKE beginnen wir jetzt den Diskussionsprozess darüber, was Transformation in Regierungshandeln in einer Koalition mit nicht-sozialistischen Partnern unter den Bedingungen des Kapitalismus des beginnenden 21. Jahrhunderts konkret heißen kann.

[10] Eribon, Didier: Rückkehr nach Reims, Suhrkamp Verlag, Berlin, 2016. Vgl. dazu auch den Artikel von Bernhard Sander in diesem Heft (Anm. d. Red.)

[11] Kaindl, Christina: Pfade der Transformation, in: Z – Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 107/2016, S. 58ff.

[12] DIE LINKE: Programm der Partei DIE LINKE. Beschluss des Parteitags der Partei DIE LINKE vom 21./22./23. Oktober 2011 in Erfurt, S. 27ff.

[13] Pointiert weist auf die offen Fragen und Leerstellen der Debatten hin: Zander, Michael: Wer gegen wen und wofür? Ein Kommentar zur Transformationsforschung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, in: Z – Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 107/2016, S. 66ff.

[14] Klein, Dieter: Einstiegsprojekte in einen alternativen Entwicklungspfad, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2004, Rio de Janeiro/Berlin, S. 1, www.rosalux.de/publication/13497/einstiegsprojekte-in-einen-alternativen-entwicklungspfad.html (12.9.2016).

[15] Strohschneider, Tom: Linke Mehrheit? Über rot-rot-grün, politische Bündnisse und Hegemonie, VSA: Verlag, Hamburg 2014, S. 82ff.

[16] Michael Brie: Ist sozialistische Politik aus der Regierung heraus möglich? Fünf Einwände von Rosa Luxemburg und fünf Angebote zur Diskussion, in: Ders./Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): Parteien und Bewegungen. Die Linke im Aufbruch, Karl Dietz Verlag, Berlin 2006, S. 100.

[17] Brie, Michael/Hildebrand, Conny: Ein kurzer Überblick über die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf dem Gebiet der Regierungsbeteiligung linker Parteien, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 2015, www.rosalux.de/staatdemokratie/specials/parteien-und-soziale-bewegungen/deutsch/parteien-und-bewegungen/linke-in-parlamenten-und-regierungen.html (12.9.2016).

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

◻ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie ◻ Wer rettet ◻ Mandel ◻ Urban

◻ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie ◻ Wer rettet ◻ Mandel ◻ Urban

◻ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

◻ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

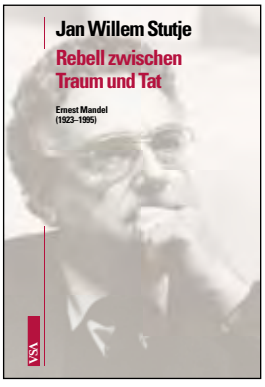
Bitte als Postkarte freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!



Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de